

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Kreuzvertrieb: Dresden
Hauptredaktion: Dresden
Verlag: Dresden

Bezugspreise: Dresden
Einzelheft: Dresden
Abonnement: Dresden

Druck: Dresden
Verlag: Dresden
Abdruck: Dresden

Ein Brief Hitlers an den Reichspräsidenten

Schleicher erstattet Hindenburg Bericht

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Dez. Reichspräsident v. Hindenburg wird nach Auskünften von zuverlässiger Seite am Freitag nachmittag seine Entscheidung fällen, d. h. den neuen Reichskanzler und das neue Kabinett ernennen. Nach über 14tägiger Dauer würde damit die Regierungskrise ihr Ende erreicht haben. Der Ausgang der Krise wird aller Voraussicht nach denjenigen recht geben, die der Aufhebung waren, daß der Rücktritt des Reichskanzlers von Papen und seines Kabinetts vorzeitig war und daß dieser Rücktritt nur dann hätte erfolgen dürfen, wenn gleichzeitig ein neues und besseres Kabinett ernennungsbereit war, denn es sprechen die meisten Anzeichen dafür, daß der Reichspräsident am Freitagnachmittag den Reichskanzler von Papen, der sich jetzt im Zustande der Demission befindet, erneut zum Reichskanzler ernennen wird.

Jedenfalls ist die Kandidatur Schleichers seit Donnerstagnachmittag wieder stark in den Vordergrund getreten. Schleicher dürfte im neuen Kabinett Reichswehrminister bleiben.

Folgende Voraussetzungen haben zu dieser Wendung geführt: Am Donnerstagvormittag traf

Reichspräsidenten ein Brief Adolf Hitlers

ein des Inhalts, er sei weder sachlich noch persönlich bereit, sich für ein Kabinett Schleicher in irgendeiner Form zur Verfügung zu stellen. Hitler besag sich erneut auf seine Forderung, daß man ihn zum Reichskanzler ernennen wolle und daß ohne diesen Preis die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei für keine Regierungsabstimmung und für kein Regierungsprogramm zu haben sein werde. Gleichzeitig verfügte die Reichspräsidentenstelle der NSDAP, eine ähnliche Verlautbarung. Damit waren die Bemühungen des Reichswehrministers von Schleicher, eine Verständigung mit den Nationalsozialisten für sein geplantes Kabinett herbeizuführen, gescheitert.

Schleicher ließ aber auch jetzt noch nicht den Mut sinken, sondern sandte noch in den Vormittagsstunden einen Unterhändler nach Weimar, der dort in der ersten Nachmittagsstunde eintraf und eine Besprechung mit Hitler hatte. Diese Besprechung verlief ebenfalls vollständig negativ.

und befähigte lediglich die ablehnende Haltung, die Hitler bereits in seinem Schreiben an den Reichspräsidenten zum Ausdruck gebracht hatte.

Der Brief Hitlers, der am Vormittag beim Reichspräsidenten eingetroffen war, hatte eine gewichtige Rückwirkung auf die Krisenlage; der Reichspräsident zeigte sich über den Misserfolg Schleichers recht enttäuscht, da ihm seine Zusage zu den neuerlichen Bemühungen um Hitler, die Schleicher unternehmen wollte, wohl nur schwer hätte abgerufen werden können, zumal er im Grunde davon überzeugt war, daß Hitler von seinen Bedingungen nicht heruntergehen würde und auch alle Spekulationen, daß sich prominente Nationalsozialisten gegen den Willen Hitlers zur Verfügung stellen könnten, zur Stunde wenigstens nicht aussichtsreich erschienen.

In der letzten Abendstunde begaben sich Papen und Schleicher zum Reichspräsidenten und hatten unter Hinweisung von Staatssekretär Weichner eine mehr als andermalstündige Aussprache.

Nach dieser Aussprache erwies sich erneut, daß die Position Schleichers durch die Vorgänge der letzten Tage gestiegen hat. Man rechnet in unterrichteten Kreisen mit steigender Gewißheit mit einer Wieder-

betragung Papens, der, vom Reichspräsidenten gleichsam am Postepoche gefaßt, ausagte, die schwere Aufgabe nochmals übernehmen zu wollen.

Reichspräsident von Hindenburg hat nun für morgen mittag noch den Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, zu sich gebeten,

eine Aufforderung, die zwei Auslegungen möglich macht. Entweder bedeutet dieser Besuch Hugenberg, daß der Reichspräsident sich seiner für ein neues Kabinett Papen versichern will, oder, was weniger wahrscheinlich ist, Reichspräsident von Hindenburg nimmt auf die am Donnerstagmittag erschienene deutschnationale Erklärung Bezug, die als Kampfansage gegen Schleicher gewertet werden muß, und fragt Hugenberg, ob er gewillt sei, gegen Schleicher Opposition zu machen. Die zweite Version scheint aber angesichts der ganzen Entwicklung lediglich akademischen Charakter zu haben.

Nach dem Scheitern der Bemühungen um Hitler sagt man sich im Reichspräsidentenbüro, daß die Personenfrage nunmehr keine Rolle mehr spielen kann, war doch Schleicher mit der Absicht in den Vordergrund getreten, die Regierungskrise mit den Nationalsozialisten zusammen zu lösen. Nachdrücklich wird ferner in unterrichteten Kreisen die Auffassung vertreten, daß

die Programme sowohl Papens als auch Schleichers sachlich vollständig gleich

sind. Die Kanzlerernennung ist jetzt mehr denn je die persönliche Vertrauensentscheidung Hindenburgs. Das größere Vertrauen beim Reichspräsidenten hat aber wohl zweifellos Papen. Auch aus diesen Gründen wird die Wiederbetragung Papens als wahrscheinlich angesehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Fühlungsnahme Papens mit dem Stahlhelm. Es vertritt sich der Eindruck, daß der Stahlhelm in der neuen Regierung gewissermaßen aktiv eingesetzt werden soll, in welchem Zusammenhang die Mittelungen, daß Seidte unter Umständen als Vizekanzler des neuen Kabinetts in Aussicht genommen sei, nicht ohne Interesse sind. Was das Wirtschaftsprogramm nun angeht, so sieht

zu befürchten, daß die neue Regierung, ob sie nun Papen oder Schleicher heißt, den Wünschen der freien Gewerkschaften außerordentlich weit entgegenkommt.

Die Lohnprämienverordnung, die bekanntlich ein Stein des Anstoßes bei den Arbeitnehmerorganisationen wegen der damit verbundenen Lohnkürzung bildet, dürfte zwar nicht aufgehoben, jedoch in ihrer Laufzeit beschränkt werden. Die Mittel aus dem Steuerentlastungsprogramm sollen, so will es wenigstens das Wirtschaftsprogramm, nicht mehr den Unternehmern zur Arbeitsbeschäftigung zuteilen, sondern zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung Verwendung finden. In Wirtschaftskreisen ist man nämlich der Überzeugung, daß die scharfen Differenzen in der Weltkriegsschuldenfrage, der Konflikt mit Amerika und alles, was damit zusammenhängt, die Kellme der wieder beginnenden Konjunktur unter Umständen wieder zum Absterben bringen könnten. Das Papensche Wirtschaftsprogramm sucht indessen auf der bestimmten Erwartung einer wieder beginnenden Konjunktur. Berührt aber die Kriegsschuldenfrage und die unsichere Lage zwischen allen Völkern der Erde die Konjunktur schon von Anfang an, dann wäre in der Tat zu erwägen, ob das Wirtschaftsprogramm nicht eine neue und andere Aufgabe stellen muß. Erwägungen dieser Art spielen jedenfalls beim neuen Regierungsprogramm eine erhebliche Rolle.

reites und den Entwurf eines Wechselgesetzes im Reichstag erneut in der Fassung einzubringen, die der Reichsrat früher schon beschlossen hat. — Der Entwurf eines Wechselgesetzes, das die deutschen Bestimmungen den internationalen Vereinbarungen anpaßt, land gleichfalls die Billigung des Reichsrats. Ebenso wurde eine Verordnung über die Ausdehnung der Gewerbepflicht auf die zur Längen- und Flächenmessung dienenden Meßwerkzeuge und Meßmaschinen genehmigt. Die Verordnung soll am 1. Januar 1935 in Kraft treten, damit der Wirtschaft die Möglichkeit einer allmählichen Umstellung bleibt. — Mit Mehrheit gab der Reichstag auch einer Verordnung über Senkung der Eichgebühren seine Zustimmung.

Das babilische Konkordat vom Landtag angenommen

Karlruhe, 1. Dez. Am Donnerstag schritt der Badische Landtag zur Abstimmung über die beiden Kirchenverträge in erster Lesung. Für die Verträge stimmten geschlossen nur das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, im ganzen 44 Abgeordnete. Wegen der Kirchenverträge stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Demokraten, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und der Evangelische Volksklub, ebenfalls 44 Abgeordnete. Den Ausschlag gab nach der Landtagsverfassung die Stimme des Präsidenten, der für die Kirchenverträge stimmte.

Das Entschuldungsmärchen

Während wir Deutschen uns wieder einmal im inneren Zwiespalt zerfleischen und zerwürben, vergessen wir, wie es scheint, völlig, daß die weltwirtschaftliche und weltpolitische Entwicklung keineswegs stillsteht, daß vielmehr große Ereignisse gerade in diesen Tagen deutsche Schatten vorauswerfen. Es braucht nur an den französisch-russischen Nichtangriffspakt und an die Entscheidungen, die in Genf in der Gleichberechtigungssfrage und dem ostatlantischen Konflikt gefällt werden müssen, erinnert zu werden. An all diesen Problemen ist Deutschland direkt oder indirekt interessiert. Und zwar nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Es ist für die deutsche Kreditwürdigkeit nicht gleichgültig, ob man uns die Gleichberechtigung zugestimmt, und ob unsere Grenzen im Osten durch einen politischen Frieden Rußlands mit den französischen Vasallen härter noch als bisher gefährdet werden. Ebenfalls sind wir in einem Augenblick der ersten jarten Erholungsmerkmale der Weltwirtschaft daran interessiert, daß der Gesundungsprozess nicht durch erneute Wirren im Fernen Osten gerührt wird. Wirtschaftlich am wichtigsten aber ist die internationale Schuldenregelung, die in ein entscheidendes Stadium gerückt ist, je mehr wir uns dem Fälligkeitstermin der französischen und englischen Kriegsschuldannuitäten an Amerika nähern. Die Formel, auf die sich die Streitfrage bringen läßt, kann in die einfachen Worte gefaßt werden, daß England zur Zeit nicht zahlen kann und Frankreich nicht zahlen will. Ohne Zweifel würde jede Zahlungsleistung Englands eine weitere Erschütterung des Kurses der englischen Währung bedeuten, die allein durch die Tatsache des heranrückenden Zahlungstermins in den letzten Tagen erhebliche Kurseinbußen zu verzeichnen hatte. Das Absinken des Sterling ist aber weder für Amerika, noch für Deutschland oder sonst ein am industriellen Export interessiertes Land gleichgültig, weil es England die Möglichkeit gibt, seine industriellen Konkurrenten zu unterbieten. Die deutsche industrielle Ausfuhr, bereits durch Schutzölle und Kontingente anderer Staaten schwer bedroht, würde durch ein Valutadumping Englands vor weitere Schwierigkeiten gestellt werden. Da das gleiche natürlich auch für die Ausfuhrinteressen Amerikas gilt, fragt es sich sehr, ob der tatsächliche Nutzen der Vereinigten Staaten wirklich in einer Leistung Englands am nächsten Fälligkeitstermin liegt. Ähnliche Fragen werden wieder spruchreif, wie noch vor einem halben Jahr bei dem Kampf um die deutschen Tribute, die in den wirtschaftspolitischen Kreisen der ganzen Welt mit Recht immer stärker als das Haupthindernis für eine weltwirtschaftliche Erholung betrachtet wurden.

Was Frankreich betrifft, so besitzt es zwar genügend Gold, um ohne die leiseste Gefährdung seiner Währung seine verhältnismäßig geringe Annullität leisten zu können, aber sämtliche Politiker in Paris haben sich nun einmal in den Gedanken verhasst, daß es der französischen Siegenation unwürdig sei, auch nur einen Centime zu leisten, nachdem es in Lausanne in die Streckung der deutschen Tribute bis auf den Betrag von drei Milliarden eingewilligt habe. In der Tat ist es auch nicht zu befehlen, daß es keine französische Regierung wagen kann, von dieser Ansicht auch nur ein Haarsbreite abzuweichen. Aber diese Vorgänge, an denen wir zunächst unbeteiligt sind, erfordern aus zwei Gründen unsere Aufmerksamkeit. Einmal deshalb, weil man das interalliierte Schuldenproblem mit der Tributfrage verknüpfen will und sich daraus Bestrebungen, namentlich in Frankreich, entwickeln, die Abmachungen in Lausanne nicht anzuerkennen und daraus zu folgern, damit trete der Youngplan automatisch wieder in Kraft. Diese Gefahr ist zunächst zweifellos nicht sehr groß, weil die Tatsache, daß alle in Lausanne versammelten Staatsmänner die Streckung der Tribute als notwendig und ihr Weiterbestehen als wirtschaftlich untragbar anerkannt haben, uns gegenüber allen Versuchen, zum Youngplan zurückzukehren, eine außerordentlich starke, moralische Ausgangsstellung sichert. Trotzdem kann diese Stellung im Laufe der Zeit unterminiert werden, wenn Deutschland die Gefährlichkeit einer Propaganda unterschätzt, die in Europa und Amerika bereits lebhaft im Gange ist, und die sehr geschickt mit Zahlen zu beweisen sucht, daß Deutschland infolge der bisherigen Entwicklung der Schuldenregelung der gefährliche industrielle Konkurrenz zu werden drohe. Es ist notwendig, einmal recht gründlich auf die Schiefheiten einer solchen Propaganda einzugehen und vor allem das Märchen zu zer-

Der Landwirtschaftsrat dringt auf Kontingente

Berlin, 1. Dez. Der händliche Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates beschäftigte sich heute erneut mit dem handelspolitischen Schutz landwirtschaftlicher Produkte und stellt fest, daß das Reichskabinett keine festen und bindenden Zusagen hinsichtlich der Lösung unntlicher Auslandszufuhr durch umfassende Kontingentierungsmaßnahmen bisher nicht eingebracht habe. Der händliche Ausschuss weist darauf hin, daß die Empörung in allen Kreisen der deutschen Landwirtschaft deshalb auf höchste gesteigen sei und kündigt an, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit zu jedem Reichskabinett in scharfer Opposition treten werde, das nicht unverzüglich den Schutz der bäuerlichen Wirtschaft durch wirksame Kontingentierungsmaßnahmen durchführt. Die Landwirtschaft treibe zu jedem Reichswehrministerium in scharfer Opposition, der nicht seinen Eintritt in das Kabinett von der vorherigen Sicherstellung gleichzeitiger Durchführung dieser Maßnahmen abhängig macht.

Beschlüsse des Reichsrates

Berlin, 1. Dez. Der Reichsrat erledigte in einer am Donnerstagabend unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers von Gahl abgehaltenen Vollversammlung eine Reihe kleinerer Vorlagen. So wurde beschlossen, die Abkommen zur Grenzbeilegung des Westfäl-

Heute: **D.N.** -Krafftahret
Seite 9 und 10